

Zur historischen Bedeutung der Oktoberrevolution und ihren Folgewirkungen auf die internationale kommunistische Bewegung

I.

Es ist 80 Jahre nach der Oktoberrevolution 1917 in Rußland für alle Sozialisten und Kommunisten eine dringend notwendige, doch zugleich eine sehr schwierige und heute kaum zur Zufriedenheit zu erfüllende Herausforderung, in Anbetracht der Umbrüche der Jahre nach 1989 über ihre historische Bedeutung und ihre Folgen zu sprechen. Ein Vortrag zu diesem Thema kann nicht die im Gang befindlichen Forschungen auf der Grundlage der erst jetzt zugänglichen Quellen ersetzen und die daraus zu gewinnenden Erkenntnisse nicht vorwegnehmen.

Konfrontiert werden wir auch damit, daß sich antikommunistische Historiker und Politiker in ihrer negativen, ablehnenden Bewertung der Revolution mehr denn je bestätigt sehen und dies laut kundtun. Dies darf aber kein Grund sein, daß wir uns der Aufgabe entziehen, die frühere eindimensionale, unkritische Betrachtungsweise in der kommunistischen Bewegung, der ein Schwarz-Weiß-Schema zugrunde lag, zu überwinden und unbeschadet fortbestehender Parteinahme eine nüchterne, differenzierte Überprüfung des eigenen Geschichts- und Revolutionsverständnisses, befreit von axiomatischen ideologischen Dogmen, vorzunehmen.

Das schließt ein, die Oktoberrevolution von der früheren Mystifizierung als dem allgemeingültigen Prototyp realisierter marxistischer Revolutionstheorie zu befreien. Hierbei existiert eine schmerzliche psychologische Barriere. Partiiell kann man zu ähnlichen Schlußfolgerungen gelangen, wie sie zuvor von Gegnern der Revolution vorgebracht wurden.

Diese Tatsache darf nicht zu einer ideologischen Blockade unseres kritischen Vermögens führen, weil dadurch auch verhindert würde, die für Gegenwart und Zukunft erforderlichen Lehren aus der Geschichte der kommunistischen Bewegung und des Sozialismus zu ziehen. Und gerade die dringend notwendige Re- und Neuformierung der sozialistischen Ideen und Kräfte mit dem Blick auf die Zukunft dürfte einer der Gründe sein, daß wir uns heute mit der Oktoberrevolution und ihren Folgewirkungen beschäftigen.

Schon 1988, als man den nahen Zusammenbruch der UdSSR und des realen Sozialismus noch nicht erahnte und alle Hoffnungen auf die Perestrojka setzte, hatte Alexander Bowin, kritischer politischer Funktionär und Theoretiker der KPdSU, völlig zu recht geschrieben: „Ohne zu wissen, warum wir gestern in die Sackgasse gerieten, können wir heute nicht voranschreiten. Ohne zu klären, weshalb sich die Lösungen des gestrigen Tages als nicht richtig erwiesen, können wir die Aufgaben des heutigen Tages nicht lösen. Die Vergangenheit vermag uns nicht zu sagen, wohin wir gehen müssen, doch ist es schon sehr viel, wenn sie uns sagt, wohin wir nicht gehen dürfen.“¹

II.

Wie ist aus heutiger marxistischer Sicht meines Erachtens die Oktoberrevolution einzuschätzen und historisch einzuordnen?

Sie war ohne Zweifel ein epochales Ereignis, das wie kaum ein anderes unserem Jahrhundert ihren Stempel aufdrückte. Wie läßt sich ihr epochaler Charakter beschreiben?

Die Revolution hatte, was ihre Ursachen, ihr Wesen, die Intentionen ihrer führenden Kräfte und was ihren Wirkungsradius betrifft, von Anfang an eine internationale Dimension. Sie war der Höhepunkt einer europäischen revolutionären Bewegung am Ende des ersten Weltkrieges. Man verstand sie deshalb - nicht nur in Rußland - als Auftakt zur „Weltrevolution“. Denn sie hatte nicht nur für Rußland, sondern für die internationale Arbeiterbewegung erstmals die reale Chance eröffnet, aus der kapitalistischen Weltordnung auszubrechen.

Es gilt allerdings hierbei zu begreifen, daß diese konkrete Chance welthistorisch einmalig war und außerhalb Rußlands nicht realisiert wurde. Dennoch war sie kein zufälliges und kein willkürlich hervorgebrachtes Ereignis. Sie war auch keine Verschwörung bzw. kein Staatsstreich einer elitären bolschewistischen Partei, sondern die revolutionäre Aktion breiter Massen von Arbeitern, Bauern, Soldaten.

Vier Tatsachen seien genannt, die zunächst die Februarrevolution und in ihrer Konsequenz die Oktoberrevolution als historisch notwendig und historisch gerechtfertigt erscheinen lassen:

- Zum einen rebellierten die Volksmassen gegen die Fortsetzung des ebenso sinnlosen wie opferreichen imperialistischen Krieges, indem sie Frieden forderten.
- Zum zweiten hatten sich die imperialistischen Mächte in ihrer Rivalität bei der Neuverteilung der Welt übernommen, ihre eigene innere Ordnung destabilisiert und eine breite Entfaltung revolutionärer Potenzen provoziert. Das galt in besonderem Maße für das zaristische Rußland. Lenin hatte erkannt, daß eine revolutionäre Situation entstanden war, indem die oben nicht mehr konnten und die unten nicht mehr wollten. Der europäische Kapitalismus befand sich in einer tiefen Systemkrise, die der revolutionäre Flügel der internationalen Arbeiterbewegung als dessen ausweglosen Untergang wertete.
- Zum dritten wirkte in ganz Europa eine verhältnismäßig starke, politisch organisierte und noch immer im Wachsen befindliche sozialistische Arbeiterbewegung, die zwar gespalten war, aber zu einem beträchtlichen Teil als entscheidendes Subjekt dieser revolutionären Potenzen in Erscheinung trat und somit eine historische und politische Verantwortung wahrnahm.
- Und schließlich war im zaristischen Rußland nicht nur durch den Krieg, sondern besonders auch infolge der ungelösten Agrarprobleme, der feudalen Überreste, durch die notwendige, aber ausgebliebene Modernisierung des Landes ein sozialer Sprengstoff angehäuft worden, der, da er nach der Februarrevolution nicht entschärft wurde, nach einer radikaleren Lösung drängte.

Zur epochalen Bedeutung der Revolution gehört auch, daß mit Sowjetrußland das Zentrum einer internationalen Gegenmacht gegen den Imperialismus entstand, um das sich die revolutionären Kräfte der ganzen Welt erwartungsvoll scharten. Die Sowjetunion wirkte als nachahmens- und bewundernswertes Beispiel und als Kraftquell für alle gegen Kapitalismus, Kolonialismus, für Emanzipation, Menschenrechte und Sozialismus kämpfenden Kräfte in der Welt.

Es ist nicht zu leugnen, daß die Wahrnehmung der mit der Oktoberrevolution eröffneten historischen Chance die politischen und sozialen Verhältnisse dieses Jahrhundert maßgeblich beeinflußt hat, daß es ohne sie nicht die bemerkenswerten sozialen und kulturellen Errungenschaften in der Sowjetunion und in den anderen sozialistischen Ländern, daß es ohne sie in kapitalistischen Ländern - als Antwort auf die sozialistischen Herausforderungen - nicht die bemerkenswerten sozialen und demokratischen Fortschritte, auch nicht die großen Erfolge der emanzipatorischen Bewegungen in der Welt, voran die der nationalen und antikolonialen Befreiungsbewegungen, gegeben hätte. Es war in erster Linie die Sowjetunion, die dem Faschismus widerstand und den Hauptbeitrag zu seiner Zerschlagung leistete.

Die Einschätzung ihrer historischen Bedeutung verlangt heute aber auch eine Antwort auf die Frage, was letztlich aus ihrem Erbe geworden ist:

- Die von der Oktoberrevolution hervorgebrachte Realisierung von Sozialismus in Europa wurde den Erwartungen und sozialistischen Idealen nicht gerecht und ist schließlich gescheitert.
- Die auf sie zurückgehende internationale kommunistische Bewegung hat sich faktisch aufgelöst.
- Idee und Realität des Sozialismus ist - und zwar weitgehend selbstverschuldet - zutiefst kompromittiert.
- Die ehemals starke internationale Gegenmacht gegen den Imperialismus existiert nicht mehr; weltweit herrscht nunmehr Kapitalismus als die angeblich bessere, ja allein überlebenschfähige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und weltweit fehlen Voraussetzungen, um den ins soziale Chaos treibenden Kapitalismus eine Alternative entgegenzusetzen.

Kurzum: Die mit der Oktoberrevolution 1917 eingeleitete geschichtliche Epoche hat mit der Niederlage des Sozialismus, zumindest in ihrem Ursprungsland und den europäischen Nachbarländern, einen Abschluß gefunden. Dieser Abschluß ist besonders bedrückend, weil wesentliche Ursachen für dieses Scheitern, für diese Niederlage vornehmlich innere waren bzw. im inneren Unvermögen bestanden, den von außen kommenden Herausforderungen auf die Dauer gerecht zu werden und weil es Ende der 80er Jahre offenkundig keinen sozialistischen Ausweg aus der Sackgasse, in die die Entwicklung des Sozialismus geraten war, gab.

Es stellt sich uns demnach auch die Frage, im welchem Verhältnis das Ende der Sowjetunion und des realen Sozialismus zu seinen Anfängen steht. Um hierbei teleologische Vereinfachungen zu vermeiden, sei festgestellt:

So sehr es Zusammenhänge zwischen dem Anfang und dem Ende gibt, wäre es dennoch völlig unhistorisch zu meinen, der nunmehr erfolgte Zusammenbruch der Sowjetunion, der anderen europäischen sozialistischen Länder und die Auflösung der internationalen kommunistischen Bewegung seien von vorn herein fatalistisch, alternativ- und ausweglos, sozusagen gesetzmäßig, determiniert, also unvermeidlich vorprogrammiert gewesen. Sozialismus und kommunistische Bewegung standen vielfach vor zu treffenden Entscheidungen, die anders hätten ausfallen können, als sie getroffen wurden. Zu bedenken ist jedoch, daß es stets auch existentielle objektive Zwänge gab, die die eingeschlagene Richtung vom Gesichtspunkt der Praxis als notwendig und damit als gerechtfertigt erscheinen ließen. Bedenken muß man auch, daß die Fehlerhaftigkeit von Richtungsentscheidungen nicht immer von vorn herein erkennbar war, sich also erst im nach hinein, manche erst nach dem Zusammenbruch, als fehlerhaft herausstellten. Allerdings darf man nicht etwa die Verbrechen der Stalinschen Führung mit objektiven Zwängen erklären wollen.

Wie man auch immer die Ursachen, Bedingungen und Umstände der konkreten Entwicklung des realen Sozialismus und der kommunistischen Bewegung beurteilt: Es entstand nach und nach und zunächst im Verborgenen, eine wachsende Kluft zwischen Theorie und Praxis, zwischen sozialistischem Ideal und dem realisierten Sozialismus, zwischen Wirklichkeit und Selbstdarstellung.

Man muß Sozialismus und kommunistische Bewegung in ihrer Entwicklung, in ihren Veränderungen begreifen. Historisch betrachtet wäre es ungerechtfertigt, wollte man die Bedeutung der Oktoberrevolution schlechthin danach einschätzen, was aus ihrem Erbe geworden ist, wollte man den unbestreitbaren Besonderheiten und Unzulänglichkeiten dieser Revolution alle nachfolgenden Deformationen anrechnen.

Dank ihrem Charakter und ihrer Bedeutung hat die Oktoberrevolution von vorn herein die gesamte internationale Arbeiterbewegung herausgefordert, ein Verhältnis zur ihr zu finden, sich ihren Konsequenzen zu stellen. Dies geschah äußerst kontrovers und wirkte als Ferment der Spaltung.

Von diesem Gesichtspunkt aus müssen wir uns eingestehen, daß die Oktoberrevolution für die internationale Arbeiterbewegung nicht nur bahnbrechend war. Gleichermaßen hinterließ bzw. erzeugte sie große ungelöste Probleme und eine ungetilgte Hypothek. Lenin und andere Führer der kommunistischen Bewegung waren sich dieser Tatsache in gewissem Sinne bewußt, allerdings in der Überzeugung, daß es gelänge, die betreffenden Probleme in der weiteren Entwicklung zu lösen.

Die Faktoren und Probleme, die man in diesem Zusammenhang nennen muß, bildeten eine schicksalhafte Verkettung und Wechselwirkung von objektiven und subjektiven Momenten, die zu bewältigen waren, aber, wie wir aus heutiger Sicht konstatieren müssen, keine oder keine solche Lösung fanden, die den schließlichen Zusammenbruch hätte verhindern können. Die Ursachen zu klären, weshalb entsprechende Lösungen ausblieben, ist heute eine vorran-

gige Aufgabe aller Marxisten und Sozialisten, eine Aufgabe, die allerdings den Rahmen des vorgegebenen Themas sprengt.

Der massenhafte selbstlose Heroismus und die zahllosen Opfer, die aufrichtig für die Schaffung einer sozialistischen Welt erbracht wurden, bedürften ebenfalls einer gesonderten Erörterung, zumal sie die Frage aufwerfen, was sie positiv bewirkten und in welchem Maße sie fehlgeleitet oder gar vergeblich waren.

III.

Nun einige Thesen, die im Gefolge der Oktoberrevolution die Verknüpfung objektiver und subjektiver Momente, die damit verbundenen Probleme und deren ausbleibende Lösung dokumentieren sollen.

Erstens: Die Besonderheiten der Oktoberrevolution und deren ausgebliebene kritische Verarbeitung bzw. Bewältigung in der kommunistischen Bewegung

Vom Standpunkt des damaligen marxistischen Revolutionsverständnisses, der damaligen Erfahrungen der europäischen Arbeiterbewegung und selbstverständlich vom heutigen Erkenntnisstand beurteilt besaß die Oktoberrevolution wie die meisten großen historischen Ereignisse unverwechselbare historische, zivilisatorische, national und international bedingte Charakterzüge. Lenin hielt es für einen großen Fehler, die unbestreitbaren Grundzüge der Revolution, die eine internationale Bedeutung besitzen, „zu übertreiben und sie auf mehr als nur einige Grundzüge ... auszudehnen. Ebenso wäre es verfehlt, außer acht zu lassen, daß nach dem Sieg der proletarischen Revolution, sei es auch in nur *einem* der fortgeschrittenen Länder, aller Wahrscheinlichkeit nach ein jäher Umschwung eintreten, daß nämlich Rußland bald danach nicht mehr ein vorbildliches, sondern wieder ein (im ‘sowjetischen’ und im sozialistischen Sinne) rückständiges Land sein wird“.²

Auf eine Reihe von besonderen Charakterzügen der Oktoberrevolution sei hingewiesen:

1. Rußland gehörte im Vergleich zu anderen europäischen kapitalistischen Ländern zu den rückständigsten. Die erste siegreiche antikapitalistische Revolution fand also nicht, wie von Marx prognostiziert, in einem der entwickelten kapitalistischen Industrieländer statt. In Rußland fehlten tatsächlich wesentliche Voraussetzungen für einen raschen Übergang zum Sozialismus. Zunächst mußte nach der Revolution als Voraussetzung für das Hinüberwachsen in den Sozialismus eine „nachholende Modernisierung“ auf ökonomischem und zivilisatorischem Gebiet bewältigt werden, wie sie in anderen Ländern der Kapitalismus vorgebracht hatte. Lenin hatte die Notwendigkeit einer längeren Übergangsperiode auf dem Wege zum Sozialismus begriffen. Als unmittelbar zu bewältigende Aufgaben betrachtete er die Durchführung der Neuen Ökonomischen Politik und einer Kulturrevolution, um das Land zunächst aus der Rückständigkeit und der Barbarei herauszuführen. Stalin beschritt einen anderen Weg: Er wollte Rußland ohne die erforderlichen Zwischenstufen aus der Rückständigkeit und Barbarei heraus und in den Sozialismus hinein führen, indem er Zuflucht zu brutalen barbari-

schen Mitteln und Methoden nahm, die unweigerlich zu Deformationen des entstehenden Sozialismus und zur Diskreditierung der sozialistischen Ideale führen mußten.

2. Neben der Abwehr der äußeren Gefahr machte auch die Überwindung dieser Rückständigkeit, der wirtschaftliche Aufbau, die Herstellung von Ordnung im Lande sowie die Zivilisierung der zum Teil barbarischen Verhältnisse usw. eine zentralistische Organisation, einen zentralistischen Einsatz von Kräften und Ressourcen notwendig, wie das in westlichen Ländern nach einer sozialistischen Revolution nicht erforderlich gewesen wäre.

3. Die revolutionären Massen, die die Revolution durchführten, in ihrer Mehrheit Bauern, kämpften nicht für sozialistische Ziele. Die Bolschewiki, die ohne Zweifel sozialistische Ziele verfolgten und an der Spitze der Bewegung standen, trugen dem Rechnung, indem sie als zentrale Losungen „Brot, Land und Frieden“ billigten und der Oktoberrevolution somit Aufgaben stellten, die die Februarrevolution und die Provisorische Regierung nicht zu lösen vermocht hatten. Dies ermöglichte eine breitere Kräftekoalition für die Revolution, als das in der gegebenen Situation eine sozialistische Zielstellung vermocht hätte. Deshalb bezeichnete Lenin zum vierten Jahrestag der Revolution 1921 ihren Inhalt als die Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution, aus der sich sodann erst das Hinüberwachsen in die sozialistische ergeben habe.³

Wenn die Oktoberrevolution das Attribut sozialistisch verdient, dann eben nur aufgrund der Tatsache, daß ihre führende Kraft eine sozialistisch-kommunistische Partei war, daß in den revoltierenden Teilen der Arbeiterschaft sozialistische Überzeugungen und Zielvorstellungen verbreitet waren und daß die Revolution die machtpolitischen Voraussetzungen für eine perspektivische Entwicklung in Richtung auf den Sozialismus in Sowjetrußland schuf. Rosa Luxemburg konstatierte damals, daß die anstehenden Aufgaben „unmöglich in den Schranken der bürgerlichen Gesellschaft zu lösen“ wären.⁴

4. Die Art der Durchführung war, obwohl in sie große Massen aktiv einbezogen waren, wenig demokratisch. Dies hing mit dem politischen System im zaristischen Rußland und mit der Art und Weise des revolutionären Machtwechsels zusammen. Sehr treffend hatte Antonio Gramsci aus der Sicht der westlichen Arbeiterbewegung bereits Anfang der 30er Jahre bemerkt, daß es in Rußland für die Revolution ausreichte, die zentrale Staatsmacht zu erobern, während im Westen die Eroberung der politischen Mehrheit in der Gesellschaft erforderlich wäre. „Im Osten war der Staat alles, die zivile Gesellschaft war nicht ausgeprägt und war formlos; im Westen bestand zwischen dem Staat und der zivilen Gesellschaft ein richtiggehendes Verhältnis, und bei der Erschütterung des Staates offenbarte sich sofort eine robuste Struktur der zivilen Gesellschaft. Der Staat war nur ein vorgeschobener Schützengraben, hinter dem sich eine robuste Kette von Befestigungen und Kasematten verbarg.“⁵

Und die Sowjets als tatsächlich hoffnungsvolle basisdemokratische Organe der Revolution wurden rasch in Transmissionsinstrumente der hierarchisch gegliederten zentralen Macht transformiert.

5. Lenin hatte bereits seit Beginn des Jahrhunderts in der Auseinandersetzung mit den Menschewiki und unter Berücksichtigung der zaristischen Machtstrukturen ein Partei- und Machtkonzept entwickelt, das im Interesse der Machteroberung strengste Disziplin und rigorosen Zentralismus verlangte. Die Machtausübung reduzierte er auf die Diktatur des Proletariats, der er - als Politiker und nicht als Theoretiker - eine rein utilitaristische und somit widersprüchliche Interpretation gab. Hierfür nur zwei seiner Feststellungen, deren Sinn sich de facto widerspricht. Zum einen war für ihn Diktatur des Proletariats demokratische Machtausübung, ja höchste Form der Demokratie, womit er Diktatur und Demokratie gleichsetzte, zum andern bezeichnete er die Diktatur des Proletariats „als die durch nichts eingeschränkte, durch keinerlei Gesetze, absolut durch keinerlei Regeln gehemmte, sich unmittelbar auf Gewalt stützende Macht“.⁶ Lenin legte sozusagen den konzeptionellen Grundstein für die monistische Auffassung und Praxis von der „verstaatlichten Gesellschaft“ im realen Sozialismus, die die von Marx und sodann auch von Gramsci vorgenommene Unterscheidung von Staat und ziviler Gesellschaft, die ebenfalls von Gramsci vorgenommene Unterscheidung von Herrschaft und Hegemonie ausschloß. Als Folge trat bald an die Stelle der angestrebten Diktatur des Proletariats die Diktatur der Partei.

6. Die bolschewistische Partei war zentralistisch und auf den Kampf um die Macht unter den spezifischen Bedingungen des zaristischen Rußlands ausgerichtet.

Verdienstvoll war, daß Lenin die aktive, revolutionsfördernde Rolle der Partei in Auseinandersetzung mit dem in der Zweiten Internationale vorherrschenden „ökonomischen und historischen Determinismus“ begründete. Doch besaß sein Parteikonzept, da es nach der Machtergreifung nicht modifiziert wurde, zugleich den Keim jener undemokratischen Pervertierung, wie sie sodann unter Stalin in der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern zur Perfektion gelangte und mit zu einer Ursache des Zusammenbruchs des politischen Systems in diesen Ländern wurde.

Nicht lange nach der Revolution traten zwei Erscheinungen auf, die ihre Basis unzulässig und mit negativer Nachhaltigkeit einengten: zum einen wurden politische und soziale Bündniskräfte der führenden bolschewistischen Partei aus dem revolutionären Lager verstoßen; zum anderen kam es bald zu unversöhnlichen Auseinandersetzungen und Spaltungen in der führenden Partei selbst.

Schon 1904 hatte Rosa Luxemburg dies vorausgesehen und deshalb Lenins Parteikonzept zum Anlaß einer prinzipiellen Kritik genommen. Sie hielt dieses Parteikonzept für sie inakzeptabel, hielt Lenins „Was tun?“ für „die systematische Darstellung der *ultrazentralistischen* Richtung der russischen Partei“, als „eine mechanische Übertragung der Organisationsprinzipien der blanquistischen Bewegung von Verschwörerzirkeln auf die sozialdemokratische Bewegung der Arbeitermassen“, indem eine Kluft zwischen Parteiorganisation und der Massenbewegung konstituiert werde. Festzustellen sei „eine völlige Umbewertung der Organisationsbegriffe, ein ganz neuer Inhalt für den Begriff des Zentralismus, eine ganz neue Auffassung von dem wechselseitigen Verhältnis der Organisation und des Kampfes“. Auf diese

Weise „verwandelten sich die tätigen Mitglieder der Organisation naturgemäß in reine Ausführungsorgane eines außerhalb ihres eigenen Tätigkeitsfeldes im voraus bestimmten Willens, in *Werkzeuge* eines Zentralkomitees“.⁷

Noch ernster war sie teils über die von den Bolschewiki nach der Revolution geschaffenen, teils über die zu erwartenden Zustände besorgt. Indem sie zum einen die welthistorische Bedeutung der Oktoberrevolution würdigte, sie befürwortete, war sie zugleich besorgt über eine Reihe undemokratischer Erscheinungen. Die Revolution müsse einen Ausweg aus der „Schreckensherrschaft“ finden, zur Wiedergeburt der Demokratie gelangen, deren einziger Weg „die Schule des öffentlichen Lebens selbst, uneingeschränkte breiteste Demokratie, öffentliche *Meinung*“ sei. „... Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft - eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker ...“⁸ Die spätere Realität im realen Sozialismus bestätigten diese Vorahnung.

Die regierenden Parteien waren schließlich nicht Repräsentanz und Organ der Klasse, deren Interessen sie wahrnahmen oder wahrzunehmen vorgaben, sondern sie wurden zu hierarchischen Organisationen mit der Führung als oberstes, keiner demokratischen Kontrolle unterliegendes Machtzentrum, das wiederum als ausschließliche konzeptionelle und politische Führungskraft, als autoritäres Instrument der ideologischen Erziehung wirkte. Meinungsbildung, Entscheidungsfindung, Information wurden zum Vorrecht bzw. unterlagen der Kontrolle der engeren Parteiführung gegenüber der Partei selbst und der ganzen Gesellschaft. Alle Bewegungen in der Gesellschaft, die sich außerhalb der Vorgaben, der Steuerung und Kontrolle dieses engen Machtzentrums vollzogen, kritische Diskussionen über systeminterne Alternativen verlangten, wurden dadurch als Herausforderung an die Macht, ja als Infragestellung der Machtkompetenz betrachtet und als solche machtpolitischer Repression unterworfen.

Somit konnte sich keine eigenständige Zivilgesellschaft als Grundlage sozialistischer Lebensweise, politischer Kultur und Macht herausbilden. Die sich dennoch formierende Zivilgesellschaft galt und wirkte als oppositionelle Herausforderung an die Macht, als alternative Gegenmacht, die zu bekämpfen war. Die Diktatur der Parteiführung, nicht der Arbeiterklasse, richtete sich somit mehr oder weniger auch gegen jene sozialen Kräfte, in deren Namen sie ausgeübt wurde.

7. Die mit der Revolution eröffneten Möglichkeiten für die Etablierung einer sozialistischen Demokratie in einem Lande mit einem überkommenen Defizit an demokratischen Traditionen und Institutionen wurden zusätzlich zunichte gemacht auch durch die barbarische Konfronta-

tion von Revolution und Konterrevolution, durch die ausländische Intervention imperialistischer Mächte und durch die Fraktions- und Machtkämpfe unter den revolutionären Führungskräften.

Wenn man von Gramsci, von Rosa Luxemburg und einigen kommunistischen „Außenseitern“ absieht, erwies sich die kommunistische Arbeiterbewegung offiziell jedoch als unwillig und unfähig, in bezug auf die Spezifik der Oktoberrevolution eine kritische Bilanz zu ziehen und diese - als ihren Fixpunkt und ihr Erbe - historisch richtig einzuordnen. In diesem Zusammenhang sei nochmals auf Rosa Luxemburg verwiesen, die eben dies im Hinblick auf die spezifischen Bedingungen der revolutionären Umwälzung in Rußland gefordert hatte. Sie schrieb: „Es ist klar, daß nicht kritikloses Apologetentum, sondern nur eingehende, nachdenkliche Kritik imstande ist, die Schätze an Erfahrungen und Lehren zu heben. Es wäre in der Tat eine wahnwitzige Vorstellung, daß bei dem ersten welthistorischen Experiment mit der Diktatur der Arbeiterklasse, und zwar unter den denkbar schwersten Bedingungen: mitten im Weltbrand und Chaos eines imperialistischen Völkermordens, in der eisernen Schlinge der reaktionärsten Militärmacht Europas, unter völligem Versagen des internationalen Proletariats, daß bei einem Experiment der Arbeiterdiktatur unter so abnormen Bedingungen just alles, was in Rußland getan und gelassen wurde, der Gipfel der Vollkommenheit gewesen sei...“⁹

Der spätere Umgang der KPdSU und der Komintern-Parteien mit den Erfahrungen und Lehren der Oktoberrevolution war ein anderer. Die Revolution selbst sowie die nachfolgende sowjetrussische Entwicklung, einschließlich der Deformationen, wurden unter Stalin und in der Interpretation, die er ihr gab, als vermeintlich realisierter *Marxismus-Leninismus* zum Grundmodell sozialistischer Revolutions- und Sozialismustheorie.

In seinem Beitrag zum 10. Jahrestag der Oktoberrevolution sprach Stalin 1927 in der Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie davon, daß nunmehr „der *einzig*e Träger und das *einzig*e Bollwerk des Marxismus der Leninismus, der Kommunismus“ sei.¹⁰

Noch in der überarbeiteten parteioffiziellen Geschichte der KPdSU von 1971, als die großen kommunistischen Parteien im Westen eigene Revolutionsstrategien entwickelten, heißt es, daß „in jedem Lande, welches die sozialistische Revolution durchführt, ... sich die Grundzüge der Oktoberrevolution wiederholen“ müßten, daß also die Grundsätze „der Leninschen Theorie von der sozialistischen Revolution ... für alle Länder gültig“ seien.¹¹

Doch wäre es vereinfacht zu meinen, die Anerkennung der Oktoberrevolution als Grundmodell wäre den anderen kommunistischen Parteien seitens der KPdSU einfach oktroyiert worden. Die Parteien betrachteten die bolschewistischen Erfahrungen, da sie - im Unterschied zu denen der Sozialdemokraten - von Erfolg gekrönt waren, auch von sich aus als das nachahmenswerte, einzig erfolgversprechende Beispiel für revolutionäre Strategie. Von großem Schaden erwies sich die grundsätzliche Ablehnung möglicher unterschiedlicher Revolutions- und Sozialismusmodelle und der daraus resultierende unversöhnliche ideologische Kampf gegen jegliche Abweichungen vom sowjetischen Modell.

Es erwies sich auch nicht als richtig, den Begriff der Revolution allein auf die Eroberung der politischen Macht zu reduzieren und nicht, wie es erforderlich gewesen wäre, die nachfolgende Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse mit deren vielen zu lösenden Problemen einzubeziehen. Dies führte zu einer unzulässigen Verengung der marxistischen Revolutionstheorie, des marxistischen Revolutionsbegriffs.

Zweitens: Das gescheiterte Konzept der Weltrevolution und deren Konsequenzen für Sowjetrußland

Lenin, die Bolschewiki und auch die revolutionären Strömungen bzw. Parteien in den westlichen Ländern waren zunächst überzeugt gewesen, daß die Oktoberrevolution lediglich der Auftakt eines internationalen revolutionären Prozesses sei und daß Rußland, das diesen Prozeß eröffnet hatte, danach wieder ins zweite Glied zurückfallen würde, im Verhältnis zu anderen sozialistischen Ländern rückständig wäre. Lenin und seinen Anhängern ging es dabei nicht allein darum, um sich keine feindlichen, sondern befreundete Staaten zu haben. Vielmehr war ihnen bewußt, daß das rückständige, teils barbarische Rußland für den anstehenden Modernisierungsprozeß dringend der Hilfe der industriell entwickelten und zivilisierteren Länder bedurfte.

In diesem Sinne erweckte die Oktoberrevolution bei ihnen die euphorische und damals durchaus verständlich Erwartung auf eine sich rasch entfaltende Weltrevolution. Hätte sich die Revolution wirklich nach Westen hin ausgedehnt und die entwickelteren europäischen Länder, vor allem Deutschland, erfaßt, hätten sich die historische Bedeutung und die bolschewistischen Erfahrungen tatsächlich sofort relativiert. Da letztlich keine weiteren siegreichen sozialistischen Revolutionen folgten, war das rückständige Sowjetrußland zum Alleingang verurteilt, und zwar in einer feindlichen und noch dazu materiell überlegenen Umwelt, in einer bedrohlichen kapitalistischen Umkreisung. Die permanente existentielle Bedrohung verlieh der Machtsicherung mit allen verfügbaren Mitteln, in denen die Bolschewiki nicht wählerisch waren, absolute Priorität. Auch aus diesen Gründen blieb für die Entfaltung von Demokratie vorerst wenig Raum. Die wirksame Hilfe zur Modernisierungen des Landes von Seiten befreundeter sozialistischer Staaten blieb aus. Die junge Sowjetunion geriet in einen permanenten Ausnahmezustand, der jedoch als Normalzustand eine theoretische Verallgemeinerung fand.

Das Ausbleiben der „Weltrevolution“ warf spätestens Mitte der 20er Jahre die Frage nach der Entscheidung auf, Sozialismus in einem Lande in Angriff zu nehmen oder nicht. Die getroffene Entscheidung dürfte nicht allein Stalins Entschluß gewesen sein, sondern der Mehrheit der bolschewistischen Führung. Eine andere Entscheidung wäre wohl auch von den ausländischen kommunistischen Parteien nicht verstanden und gebilligt worden. Es ist zu vermuten, daß selbst auch Trotzki als der Befürworter der „permanenten Revolution“ und damit als der schärfste Kritiker dieser Entscheidung an Stalins Stelle wohl kaum wegen des Ausbleibens der „Weltrevolution“ die einmal errungene Macht preisgegeben hätte. So meinte auch der Trotzkiist Isaak Deutscher, *„für STALIN wäre es eine ausgemachte Narretei gewesen, den*

gegebenen und greifbaren 'Sozialismus in einem Lande' für das Traumbild einer Weltrevolution zu opfern¹².

Nicht diese Entscheidung ist also das eigentliche Problem, sondern die daraus folgende Projektion programmatischer Wunschvorstellungen auf eine Wirklichkeit, die dem nicht entsprach, das heißt die Deklaration einer gesellschaftlichen Realität als sozialistisch, die weit davon entfernt war, sozialistisch zu sein. Die Folge davon war, daß die noch von Lenin als notwendig gedachten langfristigen Übergangsetappen keine Rolle mehr spielten. Verhängnisvoll mußte sich deshalb der faktische Abbruch der Leninschen Neuen Ökonomischen Politik auswirken.

Als Maßstab für Fortschritte des Sozialismus galten sodann nicht in erster Linie organische und komplexe Veränderungen der Sowjetgesellschaft, sondern vorwiegend quantitative Faktoren - das durchaus dringend notwendige quantitative Wirtschaftswachstum (stets im Vergleich mit den entwickelten kapitalistischen Ländern) und dessen soziale Wirkungen sowie die von oben gesteuerte, teils zwangsweise durchgesetzte Umwandlung der Produktionsverhältnisse, der sozialen Strukturen und Klassenverhältnisse dieser Gesellschaft, wie das besonders auf die Landwirtschaft zutraf.

Die sogenannte Stalinsche Verfassung von 1936, die den Sieg des Sozialismus, den Eintritt der Sowjetunion in die Phase der Vollendung des sozialistischen Aufbaus und des allmählichen Übergangs zur kommunistischen Gesellschaft konstatierte, war ein Beispiel für diesen Voluntarismus. Die Industrialisierung wurde mit gewaltigen Unkosten, die Kollektivierung in der Landwirtschaft sogar mit der Vernichtung produktiver Kapazitäten durchgesetzt. Die notwendige Ausarbeitung einer politischen Ökonomie des Sozialismus, einer sozialistischen Volkswirtschafts- und Betriebswirtschaftslehre mit entsprechenden Lösungen für reale Wertschöpfung, Planung, Effektivität, für ökonomische Triebkräfte und Leistungsstimulierung usw. blieb bis zum Schluß eine ungelöste Aufgabe.

Ohne Zweifel war auch eine erfolgreiche Kulturrevolution im Gange. Dennoch blieben das Zivilisationsniveau, die Entwicklung der Wirtschaft, der Demokratie, der Menschenrechte, des allgemeinen Bewußtseins usw. weit hinter den Anforderungen an eine funktionierende sozialistische Gesellschaft zurück, von den Stalinschen Pervertierungen, Irrtümern und Verbrechen hierbei ganz abgesehen.

Wie sehr auch immer viele der spezifischen Probleme der Sowjetgesellschaft historisch erklärlich und politisch verständlich sein mögen, sie machen aber deutlich, welches Verhängnis es sein mußte, hieraus ein verbindliches Grundmodell für die Revolutions- und Sozialismustheorie zu konstruieren, das in der UdSSR selbst niemals in Frage gestellt bzw. korrigiert wurde und dem die nachfolgenden sozialistischen Länder zu folgen hatten.

Drittens: Das Ausbleiben der Weltrevolution und die Folgen für den praktizierten Internationalismus

Im Glauben an die begonnene und sich entfaltende Weltrevolution war die Kommunistische Internationale als einheitliche Weltpartei mit nationalen Sektionen gebildet worden, und zwar sozusagen als Generalstab der Weltrevolution. Sie war streng zentralistisch aufgebaut und verlangte von ihren nationalen Sektionen Disziplin und Unterordnung.

In den von Lenin verfaßten, auf dem II. Kongreß angenommenen „Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale“ heißt es bekanntlich: „Die der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien müssen nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus aufgebaut sein. In der gegenwärtigen Epoche des verschärften Bürgerkriegs wird die kommunistische Partei nur dann ihre Pflicht erfüllen können, wenn sie möglichst zentralistisch organisiert ist, wenn in ihr eiserne Disziplin herrscht, und wenn ihr Parteizentrum ein starkes, autoritatives Organ mit weitgehenden Vollmachten ist ... Alle Beschlüsse der Kongresse der Kommunistischen Internationale wie auch die Beschlüsse ihres Exekutivkomitees sind für alle der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien bindend. Die Kommunistische Internationale, die unter Bedingungen des schärfsten Bürgerkriegs tätig ist, muß viel zentralisierter aufgebaut sein als die II. Internationale ...“¹³

Dabei wurde allerdings verbal eingeräumt, daß die Komintern und ihr EKKI „selbstverständlich ... in ihrer gesamten Tätigkeit all den mannigfaltigen Verhältnissen Rechnung tragen (müssen), unter denen die verschiedenen Parteien arbeiten und kämpfen und ... allgemeinverbindliche Beschlüsse nur in Fragen fassen (dürfen), in denen solche Beschlüsse möglich sind“.¹⁴ Eine Einschränkung des Zentralismus bedeutete dies allerdings nicht, da sich die ganze Passage auf die Entscheidungsbefugnisse der Zentrale und nicht auf die der einzelnen nationalen Sektionen bezieht.

Der auf diesen Prinzipien sich gründende *proletarische Internationalismus* schloß von vorn herein die Gleichberechtigung und Selbständigkeit der kommunistischen Parteien aus. Damit war auch der dem Internationalismus zugrunde liegende Zentralismus kein demokratischer, als der er ausgegeben wurde.

Das Partei- und das Weltrevolutionskonzept kollidierten bereits nach wenigen Jahren mit der Realität. Es entstand eine Situation, die gekennzeichnet war durch das Ende der revolutionären Nachkriegskrise und die Stabilisierung der kapitalistischen Ordnung in westlichen Ländern, was bedeutete, daß die angestrebte Weltrevolution nicht vorankam und damit ein entscheidender Beweggrund, der zur Gründung der Komintern in ihrer konkreten Organisationsform geführt hatte, gegenstandslos geworden war. Für die Organisationsform der Komintern wurden daraus aber nicht die erforderlichen Schlußfolgerungen gezogen. Im Gegenteil: Auf dem VI. Kongreß der Komintern 1928 wurden die Prinzipien ihres Zentralismus bekräftigt.

Notwendig wäre es hingegen gewesen, den Status der kommunistischen Parteien als aus Moskau zentralistisch gesteuerter Sektionen einer einheitlichen revolutionären Weltpartei aufzugeben, die Komintern in eine pluralistisch verfaßte freiwillige Vereinigung selbständiger

nationaler kommunistischer Parteien umzuwandeln und sie auf einen längeren Kampf unter unterschiedlichen Bedingungen auf dem Boden und im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft vorzubereiten.

Der proletarische Internationalismus wurde in mehrfacher Hinsicht pervertiert:

- Zum einen herrschte in der Komintern nicht schlechthin ein verbindlicher Zentralismus, sondern die KPdSU-Führung unter Stalin wurde mehr und mehr zur eigentlichen Kommandozentrale für die kommunistischen Parteien in aller Welt anstelle des kollektiven Exekutivkomitees, an dessen Spitze bis 1934 ohnehin Politbüromitglieder der KPdSU standen.

- Zum zweiten wurde er praktisch nicht mehr als ein *proletarischer*, nicht mehr als ein Internationalismus der *Arbeiterklasse(n)* begriffen und verwandt, sondern als Prinzipienkatalog für die Beziehungen zwischen kommunistischen Parteien und für die Gewinnung proletarischer Bündnispartner entsprechend kommunistischer Vorgaben. Die Anerkennung des Leninismus wurde zu einem entscheidenden Kriterium des Internationalismus, wodurch dieser aus einem politischen Prinzip in ein ideologisches Prinzip verwandelt wurde und der Internationalismus nicht mehr auf das Verhältnis zu den nichtkommunistischen Parteien Anwendung fand.

- Zum dritten wurden die Kominternparteien mehr und mehr den Staatsinteressen der Sowjetunion untergeordnet, die Schritt für Schritt dazu überging, Großmachtspolitik zu betreiben und dafür die anderen Parteien für ihre außen- und machtpolitischen Interessen zu instrumentalisieren.

- Und schließlich war mit dem Organisationsprinzip der Komintern ein weiteres Kardinalproblem des *proletarischen Internationalismus* verbunden, das niemals in der internationalen kommunistischen Bewegung gelöst wurde. Es bestand im Widerspruch zwischen einer auf die Sowjetunion bezogenen notwendigen internationalistischen Solidarität einerseits und einer zwar ebenso notwendigen, aber nicht erfolgten oder nur äußerst eingeschränkten Anerkennung der Selbständigkeit, Eigenverantwortlichkeit und Selbstbestimmung der einzelnen Parteien in der Theoriebildung, in den strategischen Entscheidungen und der praktischen Politik.

Dieser Widerspruch hätte sich nur auflösen lassen durch die Anerkennung von Pluralismus und kritischer Solidarität in der kommunistischen Bewegung als Prinzipien des Internationalismus.

Keinerlei praktische Berücksichtigung fand eine Bemerkung Palmiro Togliattis als des damals zweiten Mannes in der Komintern-Spitze auf dem VII. Kongreß der Komintern 1935, daß bei Identität der allgemeinen Ziele keineswegs „in jedem gegebenen Moment, bei allen Aktionen und in allen Fragen ein völliges Zusammenfallen vorhanden sein muß zwischen der Taktik des Proletariats und der kommunistischen Parteien, die noch um die Macht kämpfen, und den konkreten taktischen Maßnahmen des Sowjetproletariats und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion“.¹⁵

Es häuften sich in der Geschichte die Fälle, in denen Entscheidungen der sowjetischen Führung, ungeachtet dessen, ob sie berechtigt waren oder nicht, ohne Rücksicht auf die Interes-

senlage anderer kommunistischer Parteien, selbst ohne entsprechende Konsultationen und Informationen, getroffen wurden und diesen anderen Parteien unentschuldbaren Schaden zugefügt haben.

Auf diese Problematik hat aus der Sicht der westeuropäischen kommunistischen Bewegung Antonio Gramsci im Oktober 1926 hingewiesen, indem er schrieb: „Uns scheint, daß ... Eure Pflichten als russische Kämpfer nur erfüllt werden können und müssen im Rahmen der Interessen des internationalen Proletariats.“¹⁶ Die Rolle der KPdSU als führende Partei der Internationale, die Gramsci ausdrücklich befürwortete, würden die westeuropäischen Massen jedoch nur in dem Maße freiwillig und als historische Notwendigkeit akzeptieren, wie sie „für die allgemeine Perspektive des Sozialismus tätig ist“.¹⁷

Als das wohl eklatanteste Beispiel des Konflikts zwischen den außenpolitischen und Sicherheitsinteressen des Sowjetstaates, ganz gleich, wie man diese bewertet, einerseits und den national bedingten antifaschistischen Erfordernissen der westlichen kommunistischen Parteien andererseits ist die den Parteien nach dem Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes vom August 1939 oktroyierte Linie, auf den Kampf gegen den Faschismus zu verzichten, zu nennen.

Stalin hatte schon 1927 als entscheidendes Prinzip des proletarischen Internationalismus die vorbehaltlose, bedingungslose aktive Parteinahme der kommunistischen Parteien für die UdSSR als Staat formuliert und jene, die dieser Forderung nicht folgten, generell als Feinde der Revolution bezeichnet: „Ein *Revolutionär* ist, wer ohne Vorbehalte, bedingungslos, offen und ehrlich, ohne militärische Geheimberatungen bereit ist, die UdSSR zu schützen und zu verteidigen, denn die UdSSR ist der erste revolutionäre proletarische Staat in der Welt, der den Sozialismus aufbaut. Ein *Internationalist* ist, wer vorbehaltlos, ohne zu schwanken, ohne Bedingungen zu stellen, bereit ist, die UdSSR zu schützen, weil die UdSSR die Basis der revolutionären Bewegung der ganzen Welt ist; diese revolutionäre Bewegung zu schützen und voranzubringen ist aber nicht möglich, ohne die UdSSR zu schützen. Denn wer die internationale revolutionäre Bewegung zu schützen gedenkt und dabei die UdSSR nicht schützen will oder sich gegen sie stellt, der stellt sich gegen die Revolution, der gleitet unwiderruflich ins Lager der Feinde der Revolution hinab.“¹⁸

Indem die kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder erklärtermaßen zu einem verlängerten Arm sowjetischer Außenpolitik und noch dazu deren taktischen Wendungen unterworfen wurden, erlitten sie in ihren Ländern wenigsten in dreifacher Hinsicht Verlust an Ansehen, Einfluß und Politikfähigkeit:

- Zum einen galten sie als Fremdkörper, als antinationale Kraft, da sie sich mit den außenpolitischen Interessen einer anderen Großmacht uneingeschränkt identifizierten;
- zum anderen wurden ihnen unmittelbar die tatsächlichen, aber auch die unterstellten Fehler und Mißstände der UdSSR angelastet;

- und zum dritten waren sie auf diese Weise bis zum Ende ihrer Existenz nicht oder nur bedingt in der Lage, ihren spezifischen, national- bzw. situationsbedingten Aufgaben gerecht zu werden und eine erfolgreiche Politik zu betreiben.

Die Tatsachen verursachten den Parteien einen unermesslichen moralisch-politischen Schaden. Man braucht nur an die verheerenden Auswirkungen des schon erwähnten deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes von 1939 sowie an die verheerenden Auswirkungen die militärischen Interventionen 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei auf die Parteien in der nichtsozialistischen Welt zu denken.

Viertens: Die Oktoberrevolution und das Problem der Spaltung der Arbeiterbewegung

Nach der Oktoberrevolution kam es bekanntlich zur definitiven Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung, ja zu einer unüberbrückbaren Gegnerschaft zwischen ihren beiden Hauptströmungen.

Häufig trifft man auf die Behauptung, dies sei allein das Ergebnis der Oktoberrevolution und der Rolle Lenins gewesen. Ohne Zweifel erhielt die Spaltung der Arbeiterbewegung nach der Oktoberrevolution ihre Sanktion. Ihre Ursprünge lagen aber weiter zurück. Bereits in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts war bekanntlich der sogenannte Revisionismusstreit entbrannt, bei dem es, ein wenig vereinfacht ausgedrückt, darum ging, ob die Arbeiterbewegung dem Kapitalismus mit Reformismus oder mit revolutionärer Überwindung beikommen könne.

Am Vorabend und während des ersten Weltkrieges kam eine weitere ernste Auseinandersetzung hinzu, die in allen europäischen sozialdemokratischen Parteien ausgetragen wurde. Es ging um das Verhältnis der Parteien zum imperialistischen Kriege generell, zur jeweils eigenen kriegführenden Bourgeoisie sowie um die Möglichkeit bzw. Notwendigkeit eines revolutionären Bürgerkrieges in jedem Lande. Eine wesentliche Ursache für die Spaltung bestand darin, daß die meisten sozialdemokratischen Führungen schon seit Kriegsbeginn den Internationalismus zu Grabe getragen hatten, indem sie die vor dem Kriege gemeinsam gefaßten Antikriegsbeschlüsse brachen und die Teilnahme auch der sozialistischen Arbeiterschaft am imperialistischen Völkermord befürworteten, und daß sie am Ende des Krieges den revolutionären Massenbewegungen in den Rücken fielen.

Die sich als eigenständige Parteien formierenden Kommunisten hatten nun aber geglaubt, daß die erfolgreiche Oktoberrevolution, die sowjetrussische Entwicklung und ihre entsprechende ideologische Agitation die Grundlage dafür bieten würden, um den also seit Anfang des Jahrhunderts schwelenden Spaltungsprozeß der internationalen Arbeiterbewegung umkehren, d. h. die Einheit der Arbeiterbewegung auf revolutionärer, kommunistischer Grundlage wieder herstellen zu können. Dieser Glaube war daran geknüpft, daß es ihnen gelänge, den sozialdemokratischen Opportunismus und Reformismus in der Arbeiterbewegung zu isolieren und auf diese Weise die Mehrheit der unter sozialdemokratischem Einfluß stehenden organisierten Arbeiterschaft rasch für sich zu gewinnen und somit gegenüber der gesamten Arbeiterschaft mehrheitsfähig zu werden.

Das Gegenteil war der Fall. Die undifferenzierte, rein apologetische Fixierung der kommunistischen Bewegung auf die bolschewistischen Erfahrungen und das Leninsche Partei- und Machtkonzept, die geforderte Akzeptanz der entsprechenden Aufnahmebedingungen in die Kommunistische Internationale einerseits, der sozialdemokratische Reformismus und Opportunismus, das organisatorische Beharrungsvermögen der Arbeiterschaft sowie die nach der Oktoberrevolution entfachte antikommunistische Hysterie andererseits bewirkten eine Vertiefung der ideologischen und politischen Spaltung der Arbeiterbewegung.

Von Ausnahmen abgesehen blieben die kommunistischen Parteien in den entwickelten kapitalistischen Ländern Minderheitsparteien in der organisierten Arbeiterbewegung, wozu in vielen Fällen ihre ideologische Intoleranz, ihre Dialogunfähigkeit, ihre Abgrenzungssucht, ihr Alleinanspruch auf Wahrheit und ihre enge Bindung an die KPdSU wesentlich beitrugen. Zu den Kernpunkten der theoretischen Differenzen gehörten das Verhältnis von Sozialismus und Demokratie, von Revolution und Reform, zu den zentralen theoretischen Streitpunkten die Leninsche Definition und Anwendung der Diktatur des Proletariats; zu den Kernpunkten der politischen Differenzen gehörte vor allem das Verhältnis zum sowjetischen Sozialismus,

Fünftens: Marxismus-Leninismus als geschlossenes, dogmatisiertes und vulgarisiertes Theoriesystem

Für die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung war es weiterhin verhängnisvoll, daß ihr theoretisches Instrumentarium, der Marxismus, nicht nur nicht ausreichend schöpferisch unter Verarbeitung moderner wissenschaftlicher Erkenntnisse und politischer Erfahrungen weiterentwickelt wurde, sondern vor allem von Bucharin, Stalin und nachfolgend von den Führungen der Kominternparteien in Gestalt des Marxismus-Leninismus vulgarisiert, simplifiziert und kanonisiert wurde, verbunden mit dem Monopolanspruch auf die richtige und verbindliche Auslegung, verbunden zugleich mit einem pragmatischen Umgang mit der Theorie, indem aus politischen Erwägungen heraus mit dem Marxschen und auch Leninschen Gedankengut in selektiver Weise utilitaristisch umgegangen wurde.

Der selektive Umgang mit der Theorie war die Folge der Praxis, die Politik der Partei und die durch sie geförderte Entwicklung als Realisierung des Marxismus-Leninismus auszugeben, jeweils die aktuelle politische Linie, ja sogar jede taktische Wende in der Politik durch eine Bezugnahme auf die „Theorie“ zu rechtfertigen, sie als die einzig richtige Anwendung der Theorie auszugeben. In diesem Sinne bestimmten die jeweilige Führungsriege bzw. der jeweilige Generalsekretär, denen es häufig an ausreichender theoretischer Bildung mangelte, nicht selten und mit vorgegebenen Sprachregelungen, was vom Marxschen und Leninschen Erbe als gültig anzusehen war.

Es ist gut bekannt, daß und wie die Art des offiziellen Umgangs der KPdSU mit Theorie, Ideologie und Praxis schon seit den 20er Jahren die vielfältigen Diffamierungen, Ausgrenzungen, Spaltungen und das allseitige, geradezu pathologische Mißtrauen innerhalb der kommunistischen Bewegung und ihrer Parteien verursachte. Diese selbstzerstörerische Entwicklung artete dann in der zweiten Hälfte der 30er Jahre in die massenweise physische Vernichtung

der eigenen Anhängerschaft innerhalb der KPdSU und auch in den ausländischen Komintern-Parteien aus.

Auf diese Weise war der Marxismus immer weniger geeignet, die Welt und deren gravierende Veränderungen richtig wahrzunehmen und als realitätsbezogene Grundlage für konzeptionelle und strategische Entscheidungen zu dienen. Nicht die Realität galt mehr als Maßstab für die Theorie, sondern theoretische Dogmen dienten vielfach als Urteilkriterien für die Realität, was häufig zu einem fiktiven Bild von der Wirklichkeit führte.

IV.

Als Quintessenz kann man feststellen: In der Nachfolge der Oktoberrevolution gelang es nicht, in Fortsetzung des welthistorischen Durchbruchs mit seinen revolutionierenden Wirkungen viele der Aufgaben, die aus den realen objektiven und subjektiven Problemen, aus den Unzulänglichkeiten und Deformierungen resultierten, konstruktiv zu lösen.

Infolge dessen manifestierten sich bereits seit den 30er Jahren ernsthafte systemeigene Erosionserscheinung, die zwar in der weiteren rasanten Aufstiegsphase des Sozialismus und seiner territorialen Ausdehnung nach 1945 überlagert wurden, stets aber - zunächst latent - weiterwirkten und langfristig zu den Umbrüchen Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre beitrugen, indem sie offen ausbrachen.

Fatalistisch und alternativlos war diese Entwicklung, wie schon betont, keineswegs. Ihr Ergebnis aber, der Zusammenbruch der realsozialistischen Gesellschaften in der UdSSR, in der DDR und den anderen osteuropäischen Ländern, das Ende vieler kommunistischer Parteien und die faktische Auflösung der internationalen kommunistischen Bewegung sind irreversibel.

Die sozialistische Bewegung steht heute notwendigerweise vor einem neuen Anfang, an dem sie die welthistorische Niederlage nicht nur in Gestalt des Zusammenbruchs der UdSSR und der anderen osteuropäischen sozialistischen Länder, nicht nur in Gestalt des Scheiterns einer praktischen Verwirklichung von Sozialismus sehr kritisch verarbeiten muß, sondern auch die ihnen zugrunde liegenden theoretischen und konzeptionellen Vorgaben.

Der Bruch mit dieser Vergangenheit ist wohl stärker als mögliche Kontinuitätslinien und Anknüpfungspunkte.

Anmerkungen:

¹ A. Bovin: Perestrojka: Pravda o socialisme i sud'ba socialisma, in: Inoe ne dano. Perestrojka: Glasnost', demokratija, socialism, Moskva 1988, str. 250.

² W. I. Lenin: Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus, in: W. I. Lenin: Ausgewählte Werke in sechs Bänden, Berlin 1973, Bd. V, S. 467 f.

³ W. I. Lenin: Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution, a.a.O. Bd. VI, S. 360 f.

- ⁴ R. Luxemburg: Zur russischen Revolution, in: R. Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 4, August 1914 bis Januar 1919, Berlin 1974, S. 333.
- ⁵ A. Gramsci: Quaderni del carcere, Turin 1975, Bd. 2, S. 866.
- ⁶ W. I. Lenin: Geschichtliches zur Frage der Diktatur, in: Werke, Bd. 31, S. 339.
- ⁷ R. Luxemburg: Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie, a.a.O. Bd. 1, S. 425-433.
- ⁸ Ebenda, S. 362.
- ⁹ Ebenda, S. 334.
- ¹⁰ J. W. Stalin: Der internationale Charakter der Oktoberrevolution, in: J. W. Stalin: Werke, Bd. 10, Berlin 1953, S. 215.
- ¹¹ Geschichte der KPdSU, Berlin, 1. Aufl. 1971; zit. nach der 2. Aufl., Berlin 1973, S. 282.
- ¹² I. Deutscher: Stalin. Eine politische Biographie, Berlin 1990, S. 507.
- ¹³ W. I. Lenin: Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale (1920), in: Werke, Bd. 31, S. 197.
- ¹⁴ Ebenda.
- ¹⁵ Ercoli (Togliatti): Die Vorbereitung des imperialistischen Krieges und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale, in: VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Referate. Aus der Diskussion. Schlußwort. Resolutionen, Frankfurt a. M. 1971, S. 178.
- ¹⁶ Antonio Gramsci - vergessener Humanist? Eine Anthologie. Berlin 1991, S. 73.
- ¹⁷ Ebenda, S. 71.
- ¹⁸ J. W. Stalin: Die internationale Lage und die Verteidigung der UdSSR. Rede auf dem Vereinigten Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU (1927), in: Werke, Bd. 10, S. 45.